

Politiker aller Parteien gegen neues Kraftwerk

Wasserkraft Gemeinsame Resolution soll Pläne am Lech stoppen

Augsburger Politiker aller Parteien haben unterschrieben. Jetzt geht die gemeinsame Resolution an den Vorstandsvorsitzenden des Kraftwerksbetreibers Eon, Dr. Wulf Bernotat. Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker fordern, dass Eon von den umstrittenen Plänen für ein neues Wasserkraftwerk am Lech Abstand nimmt.

„Die Pläne des Stromversorgers Eon, zwischen der Lechstaustufe 23 und dem Hochablass ein neues Kraftwerk zu errichten, sorgen in unserer Stadt für Verunsicherung“, heißt es in dem Schreiben. Damit wäre die letzte Fließstrecke des Lechs vernichtet. Die einzigartige Flora dieses Gebietes gehe verloren. Und auch für das Trinkwasser der

Stadt Augsburg gebe es erhebliche Risiken.

Bundestagsabgeordneter Heinz Paula hat die Resolution initiiert. Unterschrieben haben auch die Bundestagsabgeordneten Claudia Roth, Miriam Gruß und Alexander Süßmair, ebenso die Landtagsabgeordneten Linus Förster, Harald Güller und Christine Kamm. Unterzeichner sind weiterhin die Fraktionsspitzen im Augsburger Stadtrat, Stefan Kiefer (SPD), Reiner Erben (Grüne) und Beate Schabert-Zeidler (Pro Augsburg). Die CSU ist mit Umweltreferent Rainer Schaal vertreten. Bundes- und Landtagsabgeordnete sowie die Fraktion im Stadtrat wollten dagegen nicht unterzeichnen.

Heinz Paula begrüßt die parteiübergreifende Zustimmung bei diesem wichtigen Thema, bedauert aber die uneinheitliche Haltung der CSU: „Die Regierungspartei in Augsburg vertut eine Chance, um parteiübergreifend für den Naturraum Lech einzutreten. Man kann nur hoffen, dass sie schnell umdenkt, zum Wohle der Natur und der Wasserqualität in unserer Region.“

Die SPD-Fraktion hat darüber hinaus einen Bericht zum Planungsstand des Kraftwerks am 7. Dezember im Umweltausschuss des Stadtrats beantragt. Die Stadt solle außerdem alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, das Kraftwerk zu verhindern. (eva)



Hier will Eon ein weiteres Wasserkraftwerk errichten. Das Projekt ist höchst umstritten. Jetzt fordern Politiker aller Parteien Konzernchef Bernotat auf, Abstand von dem Vorhaben zu nehmen.